

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 01.10.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Raum 116, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertretung für Herrn Bauersfeld
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Frau Petra Quilitzsch	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU-Stadtratsfraktion	Vertretung Frau Dr. Ulrike Wünscher
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	keine Vertretung
Herr Torsten Bau	SKE	keine Vertretung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass die Niederschriften der letzten Sitzung noch nicht vorliegen und entsprechend der Punkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen sei.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, somit stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013
Vorlage: V/2013/12025
- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12027
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013
Vorlage: V/2013/12025

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte zur doppelten Schriftführung. Das diesjährige Verfahren der Diskussion zum Haushalt solle insbesondere eine rasche Beantwortung von Fragen aus den Ausschüssen sichern. Aufgrund dessen werden diese Fragen gesondert protokolliert. Er bat die Fachbereichsvertreterin um eine inhaltliche Einführung zur Beschlussvorlage

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erläuterte die den Fachbereich Bildung betreffenden Änderungen im Nachtragshaushalt.

Auf S. 294 gibt es eine Veränderung der Schülerbeförderungskosten. Durch die Änderung des FAG ist eine Rückzahlung von bereits bewilligten und erhaltenen Mittel für die Fälle nach § 71 (4a) SchulG LSA erforderlich. Für die Bezuschussung ab Klasse 11 sind die Mittel künftig Teil der Gesamtzuweisung für die Schülerbeförderung. Deshalb ist von einer Rückzahlung dieser für 2013 gesondert erfolgten Zuweisung auszugehen. Weitere Änderungen erfolgen aufgrund der Verschiebung von Baumaßnahmen. Auf S. 295 ist eine haushaltsneutrale Verschiebung vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt aufgeführt, die darauf beruht, dass geringwertige Wirtschaftsgüter der Schulausstattung künftig anders zu veranschlagen sind als bisher üblich.

Da es keine Nachfragen zum Nachtragshaushalt gab, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, diesen Tagesordnungspunkt zur Abstimmung und bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die Stadträte um die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 4.1.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan 2013.

zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 - 1. Lesung
Vorlage: V/2013/12027

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erklärte kurz die wesentlichen Bestandteile des Haushaltes des Fachbereiches Bildung und veranschaulichte ihre Erläuterungen anhand einer Power-Point-Präsentation. Sie erläuterte die Veränderungen im Haushalt aufgrund der Struktur- und Zuständigkeitsänderung ab Dezember 2013. Die Präsentation ist in Anlage 1 enthalten. Die Haushaltsaufstellung ging im

Wesentlichen von der Fortschreibung der bisherigen Erträge und Aufwendungen aus. Den 21,9 Millionen Euro Aufwendungen stehen im Schulbereich nur 2,1 Millionen Euro Erträge gegenüber. Durch die Neugründung des Fachbereiches Immobilienmanagement ändern sich die liegenschaftsbezogenen Aufwendungen. In den Produkten und Leistungen werden nur noch die tatsächlichen Aufwendungen für Betriebskosten oder Bauunterhaltung aufgeführt. Die Personalkosten des ZGM erscheinen separat im Fachbereich Immobilienmanagement. Diese Personalkosten sind nicht mehr Teil des Budgets im Fachbereich Bildung. Dies verringert die Vergleichbarkeit der diesjährigen Zahlen. Personalkosten und die gebäudebezogenen Kosten werden 2013 als Sammelnachweise durch die jeweiligen Fachbereiche bewirtschaftet und sind nicht Teil der Fach-Budgets. Die übergebenen Unterlagen enthalten zusätzlich zum Haushalt auf Produktebene die leistungskonkrete Darstellung auf Schulebene. Änderungen auf Schulebene ergeben sich in der Regel durch Besonderheiten, wie den Rückzug aus Ausweichobjekten in Stammschulen und die Überführung von Bauunterhaltungsaufwand in PPP-Aufwand (Änderung der Kostenarten) oder neue Ausweichobjekte wegen Baumaßnahmen. Die schülerbezogenen Aufwendungen (Satz pro Schüler) wurden nicht verändert. Schwankungen im Schulbudget haben ihre Ursache in Veränderungen der jeweiligen Schülerzahlen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, dankte **Frau Quilitzsch** für ihre Ausführungen zum Haushaltsplan 2014 und eröffnete die Diskussion.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Betriebskosten der Schulen und wollte wissen, ob auch dort die Personalkosten des ZGM herausgerechnet wurden.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, bejahte und erklärte, dass Hausmeisterkosten des ZGM in den Betriebskosten enthalten waren, die nun nicht mehr hier erscheinen, sondern als Personalkosten des neuen Fachbereiches Immobilienmanagement.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Sachausgaben der Schulen. Er wollte wissen, auf welcher Grundlage diese fortgeschrieben wurden, da den Schulen dieses Jahr nicht das volle Budget zur Verfügung stehe.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erläuterte, dass die Sachausgaben auf dem Niveau des Planansatzes 2013 auch für 2014 geplant wurden. Durch die vorläufige Haushaltsführung stehen momentan 90 % für pflichtige Aufgaben zur Verfügung und auf Antrag werden 100 % zur Verfügung gestellt.

Herr Senger, SKE, fragte nach den Positionen „Betriebskosten“ und „Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen“ der Grundschule Hans Christian Andersen und wollte wissen, ob die Reduzierung um ca. 70.000 € wirklich nur auf die Herausnahme der anteiligen Personalkosten des ZGM zurückzuführen sei. Weiterhin fragte er nach der Reduzierung der Gemeindeunfallkassenbeiträge. Diese sind um ca. 400 € gesunken, obwohl die Schülerzahlen gestiegen sind.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erläuterte die Reduzierung der Position „Unterhaltung Grundstücks- und Gebäudekosten“ durch Herausnahme der Personalkostenanteile des ZGM und erklärte, dass der Beitrag pro Schüler für die Unfallkasse gesunken sei. Gemäß der aktuellen Bescheide der Unfallkasse sinke der Betrag von 30,20 € auf 27,40 € pro Schüler. Insgesamt sinke für alle Schüler der städtische Aufwand um ca. 40.600 €.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, was sich unter den Begriffen privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte verberge.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, antwortete, dass die öffentlich-rechtlichen Aufwendungen Gastschulbeiträge sind. Die privatrechtlichen

Aufwendungen enthalten die Umlagen aus Erlösen aus kurzzeitiger Vermietung. In der Umlage sind z. B. Aufwendungen für die Vermietung einer Turnhalle enthalten, die zu keiner Schule gehöre. Ebenso sind z. B. Kosten für Zeugniskopien enthalten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der Planungsbasis für die Planansätze 2014. Am Beispiel des Georg-Cantor-Gymnasiums könne er sich die Unterschiede der Erträge nicht erklären.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erklärte, dass diese Werte auf Erfahrungswerte beruhen oder auf Basis von bereits abgeschlossenen Verträgen errechnet wurden. Die Abweichung beim Georg-Cantor-Gymnasium werde geprüft und vorgelegt.

Herr Kuhn, SKE, fragte, wieso bei jeder Schule bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten ein gleicher Betrag erscheine.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, revidierte ihre Aussage zu den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten. Diese sind nicht, wie vorhin angegeben, die Gastschulbeiträge. Es sei eine Umlage aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, z.B. Verwaltungsgebühren.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach den Planansätzen für Bildungseinrichtungen wie das Planetarium und die Volkshochschule. Er fragte, warum diese nicht mehr im Geschäftsbereich IV veranschlagt werden. Ebenso interessiere ihn, warum die Parkeisenbahn im Haushaltsplan des Fachbereiches Bildung stehe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass das Planetarium und die Volkshochschule strukturell dem Geschäftsbereich III zugeordnet wurden und bat darum, zu dieser Thematik im Kulturausschuss zu fragen. Die Zuständigkeit für die Parkeisenbahn sei nicht verändert worden. Er sagte zu, hierzu eine Position des GB I einzuholen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte, dass sich der Bildungsausschuss weiterhin für alle Bildungseinrichtungen der Stadt zuständig fühlen sollte. Nach seiner Auffassung solle die Zuständigkeit des Bildungsausschusses auch weiterhin für das Planetarium und die Volkshochschule bestehen bleiben. Ihm sei wichtig, dass diese bereits mehrfach geäußerte Meinungsäußerung als Anregung verstanden werde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, hatte zum Immobilienmanagement einige Fragen:

Zur S. 818 – Grundschulen: Er fragte, warum sich die Zahlen (Zuschüsse) ändern und warum bei PPP-Schulen (z. B. GS Neumarkt) Summen bei der Bauunterhaltung enthalten seien.

Zur S. 821 Sekundarschule Halle-Süd, interessiere ihn, warum 100.000 € weniger im Planansatz stehen.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erläuterte zu S. 821, dass diese Reduzierung bei der Sekundarschule Halle-Süd mit der bereits erklärten Zuordnung der Personalkosten zum künftigen Fachbereich Immobilienmanagement zusammenhänge.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob man den Abfluss der Mittel aus dem Zukunftsfond erkennen könne?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, wollte wissen, wo die Mittel für Investition und Brandschutz im Haushaltsplan zu finden seien. Ebenso habe er eine Frage zur S. 817 des Haushaltsplanes. Für die BbS Gutjahr seien Aufwendungen für die Nutzung der Ballsporthalle ausgewiesen, welche aber nicht seinen bisherigen Erkenntnissen entsprechen, zumal der städtische Finanzierungsanteil für diese Ballsporthalle auch über Dienstsport erbracht werden solle.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, antwortete, dass die Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Brandschutz im Investitionsprogramm enthalten seien. Sie verwies auf die Darstellung ab S.1143. Zu den Kosten für Schulsport erfolge nochmals eine Erläuterung.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob es bei den Personalaufwendungen in den Schul-Produkten um die Personalkosten der SchulsekretärInnen und die Umlage des Fachbereiches Bildung/ Bereich Schule handele.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, bestätigte dies. Die Personalkosten setzen sich aus der Umlage Schulverwaltung und den SchulsekretärInnen zusammen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bat dies an Beispielen aufgeschlüsselt darzustellen, wie hoch die Kosten aus der Umlage und die Kosten der SekretärInnen sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, wo die Gastschulbeiträge dargestellt werden, da er sie bei keiner BbS gefunden habe.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, verwies auf S 46 der leistungsbezogenen Unterlagen. Hier sei eine zusammenfassende Darstellung enthalten. Diese Zusammenfassung finde man bei jeder Schulform.

Herr Kuhn, SKE, fragte nach dem Bezug der Schülerkostensätze auf den Seiten 46 und 31.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, erklärte, dass sich die Schülerkostensätze auf die jeweilige Schulform beziehen.

Herr Marquardt, SKE, fragte nach der nach der Differenz zwischen Nachtragshaushalt 2013 und dem Ergebnishaushalt 2014 von ca. 20 Millionen € auf S. 3

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine Weitergabe der Frage an **Herrn Geier** zu.

Herr Marquardt, SKE, fragte, was sich auf Seite 823 unter dem Begriff und der Summe „Pseudoleistung“ verberge.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, antwortete, dass die Frage gesondert beantwortet werde.

Herr Marquardt, SKE, hatte eine Frage zum Stellenplan ab S. 1298. Dort sind bei mehreren Stellen kw-Vermerke verzeichnet. Er wollte wissen, ob diese Vermerke neu dazugekommen sind und wenn ja, wüsste er gern, warum dieses Personal eingespart werden könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte, dass es die Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt gebe. Dabei müsse die Frage beantwortet werden, wie viel Personal sich die Stadt Halle (Saale) leisten könne. Dazu habe es

geschäftsbereichskonkrete Vorgaben zum Setzen von kw-Vermerken gegeben. Er sei gern bereit, im dazu einberufenen Sonderausschuss die kw-Vermerke zu den entsprechenden Stellen zu erläutern.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte an, ob der Haushaltsplan nach der jetzt noch gültigen Schulentwicklungsplanung aufgestellt sei oder bereits die für die nächsten Jahre neu zu beschließende Schulentwicklungsplanung beinhalte.

Frau Brederlow, amtierende Leiterin des Fachbereichs Bildung antwortete, dass der Haushalt auf Basis der beschlossenen, noch gültigen Schulentwicklungsplanung, aufgestellt wurde, da die neue Schulentwicklungsplanung noch nicht beschlossen und somit noch nicht verbindlich sei.

Herr Hänsel, SKE, fragte nach, wie sich die erhebliche Senkung des Aufwandes bei Betriebskosten und Bauunterhaltung erkläre.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verwies auf die bereits gegebene Erklärung, dass dies auf die Gründung des Fachbereiches Immobilienmanagement zurückzuführen sei, zu dessen Kosten künftig alle Personalkosten gehören, die bisher im Serviceentgelt für die Liegenschaftsnutzung enthalten waren. Im Gesamthaushalt der Stadt Halle (Saale) bleiben diese Kosten bestehen, werden aber nicht mehr bei den hier zu verhandelnden Produkten ausgewiesen.

Herr Hänsel, SKE, fragte nach der Jägerplatzschule, die noch im Haushaltsplan des Fachbereiches Bildung mit einem Betrag von Null ausgewiesen sei. Wo werden die noch entstehenden Gebäudekosten veranschlagt?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass das Gebäude mit dem Leerzug dem Fachbereich Liegenschaften zugeordnet sei und dort eventuell anfallende Kosten veranschlagt seien.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach Seite 35 zur Leistung Förderschule Comeniusschule. Bei dieser Schule weist der Planansatz eine Steigerung von 25.000 € aus. Er fragte nach dem Grund für diese Steigerung.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, antwortete, dass für diese Schule für 2014 Bauarbeiten anstehen. Es werden Umzugskosten, Sperrmüllentsorgung und eine eventuelle Fremdanmietung für den Schulsport erforderlich, die in 2014 geplant wurden. Ein Auszug während der Bauarbeiten in das Objekt Dölauer Straße ist in Planung. Zudem ist das Projekt „Frühe Berufsorientierung“ ausgelaufen, was Abweichungen zum Jahr 2013 erkläre.

Herr Senger, SKE, wollte wissen, warum auch bei den PPP-Schulen Kosten für die Sperrmüllentsorgung geplant seien.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, antwortete, dass es sich dabei um die Entsorgung von beweglichem Inventar handele und dieses gehöre zu den Aufgaben des Fachbereiches Bildung, zu den Aufgaben der Ausstattung und ist nicht Teil des PPP-Vertrages.

Herr Senger, SKE, fragte nach dem Planansatz für Portokosten und wollte wissen, warum keine Portokosten bei allen Schulen geplant seien.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, sagte eine Prüfung zu.

Herr Senger, SKE, fragte nach der Position von 1000 € für die Unterhaltung baulicher Anlagen und Grundstücke bei PPP-Schulen.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Finanzen, antwortete, dass diese Position überprüft werden müsse.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bat darum, weitere Fragen die zum Haushalt auftreten, direkt an ihn zu stellen. Das gelte auch für Fragen, die sich bei den Fraktionssitzungen ergeben. Nur wenn die Fragen schnell an die Verwaltung gestellt werden, können diese auch zügig beantwortet werden. Er werde sich bemühen, die Fragen innerhalb von 5 Tagen zu beantworten. Nur so kann ein zügiger Beschluss zum Haushalt 2014 erzielt werden.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf vorlag, beendete **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die erste Lesung zum Haushaltsplan und zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

Herr Senger, SKE, informierte, dass die Schulmesse des Stadtelternrates stattgefunden habe. Er dankte **Frau Dr. Radig** für die Unterstützung. Er bat um Beteiligung der Stadträte und Fraktionen zur Prämierung der Schulen beim Plakatwettbewerb.

Frau Stahs, SKE, fragte nach der Sitzung des Bildungsausschusses im Monat Mai, im Sitzungsplan ist der 01.05.2014 als Termin festgesetzt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bedauerte den Schreibfehler und erklärte, dass dieser Termin nicht korrekt sei und der Ausschuss am 06.05.2014 stattfinden werde.

Herr Senger, SKE, informierte darüber, dass seine Amtszeit als Stadtelternratsvorsitzender ende. Am 28.10.2013 werde die Neuwahl stattfinden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, dankte **Herrn Senger** für seine aktive, die Diskussion bereichernde Mitarbeit im Bildungsausschuss.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Senger, SKE, fragte, warum im Ausweichobjekt der IGS Fenster die zugesagte Öffnungsmöglichkeit für weitere Fenster in den Klassenräumen noch nicht geschaffen wurde. Nur ein Fenster pro Raum sei zu wenig.

Frau Dr. Radig, Abteilungsleiterin Fachbereich Bildung, antwortete, dass diese Aufgabe mit dem ZGM besprochen sei. Man wolle eine Lösung finden. Sie werde nachfragen.

Herr Hänsel, SKE, fragte nach der Niederschrift der letzten Sitzung.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erklärte nochmals, dass das Protokoll auf Grund des Umzuges des Fachbereiches und wegen Krankheit leider noch nicht vorliege. Es soll in der nächsten Woche elektronisch versendet werden.

Herr Hänsel, SKE, fragte nach der Grundschule Wittekind. Hierzu habe er noch in Erinnerung, dass es im Schuljahr 2012/13 ein Raumproblem gab. Was ist der aktuelle Stand?

Herr Zschocke, Schulnetzplaner Geschäftsbereich IV, erklärte, dass es keine Erhöhung der Klassenzahl gegeben habe und somit kein Raumproblem an der Schule entstanden sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass es durch die Anmietung zusätzlicher Horträume ebenfalls eine Entspannung der Raumsituation gegeben habe.

Herr Kneissel, SKE, fragte nach der Schuljahresanfangsstatistik.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner Geschäftsbereich IV, antwortete, dass er noch nicht alle Zuarbeiten von den Schulen erhalten habe, er aber noch in dieser Woche mit vollständigen Angaben rechne.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Zusendung der Schuljahresanfangsstatistik auf elektronischem Weg, zusammen mit dem Protokoll.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., interessiere sich für die Umzugskosten des „Schulverwaltungsamtes“ vom Standort Kaulenberg in den Fachbereich Bildung, Schopenhauerstraße. Dabei hätte er gern die Gesamtkosten und die Kosten, die durch die hausinternen Umzüge angefallen seien.

Frau Brederlow, amtierende Leiterin des Fachbereichs Bildung sicherte eine Aufstellung der Umzugskosten zu, informierte aber, dass diese Zahlen noch nicht sofort zur Verfügung stehen.

Herr Senger, SKE, interessiere sich für die neue Schulentwicklungsplanung und wollte wissen, wann diese in den Ausschüssen beraten werden solle.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner Geschäftsbereich IV, informierte, dass die neue Schulentwicklungsplanung in der Beigeordnetenkonferenz am 15.10.2013 geplant sei. Sie könne dann in den Bildungsausschuss November eingebracht werden.

zu 9 Anregungen

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., regte an, auf die Tagesordnung im November den Bericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung zur Turnhalle Kastanienallee zu setzen. Hierzu benötigen die sachkundigen Einwohner die notwendigen Unterlagen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat, dass ein Mitarbeiter des Fachbereiches Rechnungsprüfung zu dieser Thematik eingeladen werden solle.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., regte an, dass in der Fliederwegschule die Restarbeiten nach der Sanierung zeitnah erfolgen sollten, damit die Bedingungen für die Schüler und Lehrer verbessert werden.

Herr Senger, SKE, merkte an, dass die verschickten Haushaltsunterlagen nicht gebunden waren. Er musste die Unterlagen nach der Entnahme aus dem Umschlag erst sortieren und regte an, die Unterlagen in gebundener Form zu versenden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schloss den öffentlichen Teil der Sitzung, da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.12.13

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin